

Analyse:

## EU sollte nicht nur Frankreich unter Druck setzen

„In Bulgarien fürchtete ich, mein Chef könnte draufkommen, dass ich Roma bin“, erinnert sich Jannica, die in Paris erst als Bettlerin überlebte und jetzt als Haushälterin arbeitet: „In Frankreich ist es nicht schlimm, Roma zu sein. Man wird weniger kontrolliert als anderswo, es gibt Hilfen. Araber und Afrikaner finden Arbeit, da haben auch wir eine Chance.“

Diese für Roma-Migranten nicht untypische Aussage macht die EU-Schelte für Sarkozy zwar nicht überflüssig, sie rückt aber das damit einhergehende Frankreich-Bild ins Lot. Frankreich zählt zu den durchlässigsten Ländern gegenüber Randgruppen. Dahinter steckt eine traditionelle Mischung aus Arrangement, Individualismus und Toleranz. Rund 400.000 Staatsbürger (darunter ein kleiner Teil Roma) leben als fahrende Marktleute und Wanderarbeiter in Wohnwägen. Auf Industriebrachen, in Baulücken, ja sogar entlang städtischer Flusspromenaden haben sich Obdachlose oft aus ganz Europa (darunter rund 15.000 Roma aus Rumänien und Bulgarien) und Migranten aus allen Kontinenten installiert.

**WOHNUNGSNOT** Anrainer sind gestört, es gibt aber keine Übergriffe. Stattdessen helfen kleine aber rege Gruppen, die erst recht zur Stelle sind, um zu protestieren, wenn die Polizei ein Lager räumt. Dabei sind diese Slumartigen Behausungen ein sanitäres Problem. Lösungen sind umso heikler, als in Frankreich hunderttausende Sozialwohnungen fehlen.

Trotzdem schürt kein Massenblatt Feindschaft. In den Medien überwiegt der Vorwurf an Sarkozy, er würde die Roma „zu Sündenböcken stempeln“. Wie schon bei seinem Wahlsieg 2007 hofft Sarkozy bei der nächsten Präsidentenwahl wieder auf Stimmen von rechts. Deshalb lässt er Abschiebungen von Roma, die gegenüber dem Vorjahr nicht zugenommen haben, jetzt vor TV-Kameras abwickeln.

Die Regierung beruft sich auf EU-Recht, wonach auch Europäer ohne Einkommen nach drei Monaten Aufenthalt in ihre Ursprungsländer abgeschoben werden können. Die meisten Abgeschobenen kommen aber wieder zurück, woran sie gesetzlich nicht gehindert werden können. Diese Menschen erleiden zwar ein für sie teures und entwürdigendes Hin- und Herschieben, das sie aber ihrer hoffnungslosen Existenz in Bulgarien und Rumänien vorziehen. Weshalb die EU diese Mitgliedsstaaten mit Nachdruck zu einer aktiveren Politik zugunsten ihrer Roma-Bürger veranlassen sollte.

DANNY LEDER, *PARIS*